

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Tim Golke, Dora Heyenn,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann, Mehmet Yildiz
(DIE LINKE)**

Haushaltsplan-Entwurf 2015/2016

Einzelplan 3.3

**Betr.: Für ein soziales Hamburg
Eine verlässliche Kulturpolitik für sämtliche Kulturbereiche der Stadt**

Im Wahlkampf 2011 hatte die SPD in ihrem Regierungsprogramm noch versprochen, dafür zu sorgen, „dass die Künstler(_innen) und Kulturschaffenden mitsamt ihren Einrichtungen eine verlässliche Planung und auskömmliche Finanzierung vorfinden“. Schon im Arbeitsprogramm nach der Wahl war dieser Passus gestrichen. Stattdessen wurde angekündigt, „der Kultur in Hamburg wieder die Wertschätzung entgegen(zu)bringen, die sie verdient“, und „den Negativtrend von Kürzungen, Streichungen und Schließungen von Kultureinrichtungen um(zu)kehren“.

Bedauerlicherweise muss festgestellt werden, dass dies nicht eingelöst wurde. Stattdessen wird auch mit diesem Haushalt eine öffentliche Kulturförderung fortgeschrieben, die für die hiesige Kulturlandschaft weder langfristige Planungssicherheit noch Entwicklungsperspektiven erlaubt.

Mit Sorge fallen stattdessen im aktuellen Haushaltsplan 3.3 die ab 2017/2018 vorgesehenen Kürzungsvorhaben ins Auge. In aller Deutlichkeit ist hier festzustellen: Die Kultur in Hamburg ist in keinem Bereich auskömmlich finanziert – Kürzungen sind somit nicht möglich, ohne den betreffenden Bereich damit strukturell zu gefährden.

Während die Anforderungen und Aufgabenprofile an die Kultureinrichtungen ständig steigen, steigen ebenso ihre allgemeinen Kosten und Tarife. Für die künstlerische Arbeit und Programmgestaltung stehen dabei immer weniger Mittel zur Verfügung, gleichzeitig wird Personal abgebaut, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich zusehends und die Betriebe werden in die Tariffucht gedrängt. Das gilt für sämtliche Kultureinrichtungen der Stadt.

Die großen Kulturinstitutionen werden dabei immer wieder gezwungen, öffentlichen Druck zu erzeugen, um wenigstens einen Teil ihrer steigenden Lohnkosten ausgleichen zu können. In anderen Kulturbereichen existiert seit Langem überhaupt keine Gegenfinanzierung durch die öffentliche Hand.

Dies trifft die Basiskultur Hamburgs besonders hart und bedroht sie förmlich in ihrer Existenz: In den Stadtteilkultureinrichtungen, den Geschichtswerkstätten, den Bürgerhäusern und Community Centern, der Kinder- und Jugendkultur, den kulturellen Bildungseinrichtungen, den Interkulturräumen und freien Kulturräumen werden keine Kosten- und Tarifsteigerungen ausgeglichen, keine zusätzlichen Kultursteuern ausgeschüttet und keine Mittelerhöhung in Aussicht gestellt. Durch Sonderinvestitionen und Projektförderung ist weder ein Erhalt bestehender Strukturen noch die Gestaltung neuer, notwendiger Initiativen möglich. Gedeckelte institutionelle Fördermittelbeträge und eingefrorene Rahmenzuweisungen sind in den Basiskultureinrich-

tungen ebenso an der Tagesordnung wie Personalabbau, unbezahlte Überstunden, Abend-, Nacht- und Wochenendarbeit, die völlige Überbeanspruchung des Ehrenamts und permanente Selbstausbeutung. Für nachwachsende Projekte fehlen schlicht und ergreifend die Mittel. Noch im Oktober 2013 gab der Senat im Zusammenhang mit der Evaluation Stadtteilkultur im Ausschuss zu Protokoll: „Die Schuldenbremse lässt keine Spielräume zu.“

Spielräume für alle Kulturbereiche hätten in den letzten Jahren zumindest durch Einnahmen aus der Kulturtaxe entstehen können, aber die Stadt hat diese Chance auf eine Neuorientierung der Kulturförderung verstreichen lassen. Auf knapp 50 Prozent der zusätzlichen Mittel kann nur ein Bruchteil der Hamburger Kulturakteure und -einrichtungen zugreifen, alle anderen gehen leer aus. Hier wird eine Ungleichbehandlung bei der öffentlichen Kulturförderung besonders deutlich, die sich wie ein Riss durch die Kulturszene der Stadt zieht.

DIE LINKE fordert deshalb mit Nachdruck für Hamburg eine Kulturpolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen in allen Kulturbereichen, -sparten und -einrichtungen sicherstellt. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die vollständige Gegenfinanzierung der Tarif- und Kostensteigerungen sämtlicher öffentlich geförderter Kultureinrichtungen.

Zu den kulturpolitisch zentralen Aufgaben der LINKEN gehört vordringlich außerdem ein klares Bekenntnis zur Hamburger Basiskultur. Dies beinhaltet die langfristige, planungssichere Stärkung der bestehenden Strukturen und die sichere Förderung und Verstetigung neuer Initiativen. Wo, wenn nicht in diesem basiskulturellen Bereich, werden gesellschaftliche Entwicklungen direkt reflektiert – hier wird Kultur für Menschen aller Altersgruppen, sozialer und kultureller Hintergründe bereitgestellt und praktiziert. Als kulturelle Grundversorgung muss dieser Bereich dringend geschützt und ausgebaut werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Tarifierhöhungen für die Jahre 2013 und 2014 sind in vollem Umfang an alle Zuwendungsempfänger, Kultureinrichtungen und städtisch geförderten Kulturinstitutionen weiterzugeben beziehungsweise für 2013 nachträglich zu bewilligen. (Hierfür sind die institutionellen Zuwendungsbeträge beziehungsweise die Rahmenzuweisungen für die Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten entsprechend zu erhöhen.) Künftig sind Zuwendungen und Zuschüsse entsprechend der Tarifsteigerungen zu dynamisieren.
2. Die Rahmenzuweisungen für die Stadtteilkulturzentren, Stadtteilkulturprojekte und Geschichtswerkstätten (Produktgruppe 25112 Bezirkliche Zuweisung KB) sind zusätzlich zu den tariflich bedingten Mehrbedarfen um 1 Million Euro zu erhöhen, um neue Einrichtungen in die institutionelle Förderung aufnehmen zu können.
3. Zur Stärkung der Kinder- und Jugendkulturarbeit wird der Ansatz Kinder- und Jugendkultur (Produktgruppe 25102 Künste, kulturelles Leben, Kreativwirtschaft, Produkt 13 – Kinder- und Jugendkultur) um 1 Million Euro erhöht.
4. Zur Stärkung der interkulturellen Kulturarbeit wird der Ansatz zur Förderung interkultureller Projekte um 1 Million Euro erhöht (Produktgruppe 25102 Künste, kulturelles Leben, Kreativwirtschaft, Produkt 14 – Interkulturelle Projekte).
5. Um ein breiteres Spektrum an Hamburger Kulturbereichen zu beteiligen, wird der Elbkulturfonds auf 1,5 Millionen Euro aufgestockt sowie eine Neukonzeption des Vergabeverfahrens veranlasst.